



Wirtschaftspolitik

Aiwanger: "Insolvenzwelle nicht vom Tisch – Unternehmen brauchen eine Perspektive"

04. Februar 2021

MÜNCHEN In Bayern haben 2020 weniger Unternehmen Insolvenz beantragt als im Jahr zuvor. Nach Angaben des Landesamt für Statistik ging die Zahl der nicht mehr zahlungsfähigen oder überschuldeten Unternehmen um 17 Prozent zurück. Allerdings nahmen die Verfahren zum Jahresende hin wieder deutlich zu.

Dazu Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Der Bund wird die Insolvenzantragspflicht nochmals bis Ende April für bestimmte Unternehmen aussetzen. Die bisherige Aussetzung der Antragspflicht und die staatlichen Hilfsmaßnahmen dämpfen das Insolvenzgeschehen. Dadurch können grundsätzlich gesunde und wettbewerbsfähige Unternehmen trotz der Coronakrise im Markt bleiben. Wir sehen aber auch, dass nicht jede Firma durchhält. Die Umsatzeinbußen sind vielfach zu massiv, die Liquidität geht aus.“

Besonders hoch sei die Gefahr von unverschuldeten Insolvenzen in den vom Lockdown betroffenen Branchen wie Gastronomie, Tourismus, Handel und Hotellerie, so Aiwanger: „Wir sind im vierten Lockdown-Monat. In immer mehr Gaststätten, Buchhandlungen oder Modeboutiquen gehen die Lichter aus. Messebauer, Schausteller oder Konzertveranstalter müssen nach und nach aufgeben. Wollen wir eine flächendeckende Insolvenzwelle verhindern, brauchen die Betriebe jetzt eine Perspektive. Diese Perspektive darf nicht die Insolvenz sein.“

Insgesamt wurden 2020 bei den bayerischen Gerichten 2.172 Insolvenzverfahren durch Unternehmen beantragt. Das sind 451 Verfahren weniger als noch 2019. Während die Zahl der Insolvenzen von April bis September 2020 kontinuierlich abnahm, kehrte sich der Trend im vierten Quartal um. Waren es im Oktober 2020 noch 127 beantragte Verfahren, verzeichnete die Statistik im Dezember 2020 bereits 168 Verfahren.

Ansprechpartner:

Thomas Assenbrunner
stv. Pressesprecher

Pressemitteilung-Nr. 40/21